

Der Konkurrenzkampf ist entbrannt

Sitzberichts der Sitzung 11. 28. 48

Medienrat ärgert sich über Meldungen vom BR

Der Bayerische Rundfunk macht privaten Anbietern angeblich das Leben schwer

MÜNCHEN (SZ) - Bereits auf seiner zweiten Sitzung hat der Medienrat der Landeszentrale für neue Medien festgestellt, daß beim Einrichten und Betreiben von privaten Fernseh- und Hörfunkstationen mit mannigfachen Schwierigkeiten zu rechnen ist. Als besonderer Behinderer der Entwicklung wurde der Bayerische Rundfunk (BR) ausgemacht, der - wie der Beauftragte der Landeszentrale, Wolf Dieter Ring, meinte - auf dem Weg sei, den „Privaten“ technisch, finanziell und vom Programm her die Betätigungsfelder zu verbauen.

So monierte Ring, daß der technische Direktor des Bayerischen Rundfunks in dieser Woche bei der Bundespost 63 Frequenzen zum Schließen der bestehenden Versorgungslücken angemeldet habe, eine Zahl, die weit über das hinausgeht, was in Wirklichkeit für die Versorgung mit vier Programmen benötigt würde.

Ein Angebot vom Intendanten

Auch die Programmreform des BR-Hörfunks wurde von einigen Mitgliedern des Medienrates als Behinderung interpretiert. Der Vertreter des Zeitungsverlegerverbands, Dietmar Ahrends, machte auf die geplanten Änderungen beim Bayerischen Werbefunk aufmerksam, die ebenfalls zu Lasten der privaten Anbieter gingen.

Der Vorsitzende des Medienrates, der CSU-Landtagsabgeordnete Klaus Kopka, lud nachdrücklich den BR-Intendanten Vöth und den Rundfunkratsvorsitzenden Fritz zu Gesprächen ein. Mit Unmut wurde registriert, daß Vöth in den letzten Tagen wiederholt privaten Anbietern zu Überlegungen geraten hat, ob sie nicht „lokale Fensterprogramme“ mit einem Mantel eines BR-Programmes umgeben wollen. Ring machte darauf aufmerksam, daß dies keineswegs den Intentionen des Medienprobungsgesetzes entspreche.

Allerdings gab es noch einen zweiten Adressaten, der sich den Unmut der Mitglieder des Medienrates zuzog: Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling soll vor dem Gremium noch einmal ausführlich seine Verkebelungspolitik erläutern. Kopka verlas zu diesem Punkt ein Schreiben von Staatssekretär Fischer vom Umweltschutzministerium, in dem er die Ergebnisse einer Untersuchung bekanntgab. Danach sind die bevölkerungsärmeren Gebiete Bayerns und insbesondere das Grenzland weit mehr bei der Verkebelung benachteiligt, als bisher schon angenommen.

Einstimmig einigten sich die Mitglieder des Gremiums auf einen Antrag des SPD-Abgeordneten Klaus Warnecke. Dieser hatte sich auf Pressemeldungen bezogen, wonach der Ge-

schäftsführer des Münchner Pilotprojekts, Rudolf Mühlhens, sich im Augenblick bemüht, die Weichen für die Vergabe von drei Münchner Hörfunkfrequenzen so zu stellen, daß bereits Anfang Mai auf drei Wellen der Sendebetrieb aufgenommen werden kann. Warnecke wollte mit seinem Antrag festgehalten haben, daß mit dieser Verteilung keine Präjudizierung vorgenommen werden solle, da vom 1. Januar nächsten Jahres - nach Beendigung des Kabelpilotprojektes - die Medienzentrale für die Vergabe zuständig sei.

Mehr Sender möglich?

Der Antrag wurde um so williger angenommen, als der Beauftragte Ring darauf aufmerksam machte, daß die Frage nach der Zahl der dann vorhandenen Frequenzen noch nicht beantwortet werden könne. Man überlege nämlich, ob man nicht doch mit niedrigerer Leistung als bisher geplant arbeiten könne. Dies hätte zur Folge, daß die Zahl der Sender erhöht werden könnte. Notwendig sei es aber dazu, zunächst einmal ein flächendeckendes Netz zu planen, was vor Ende 1985 aber nicht abgeschlossen sei. Das heißt aber andererseits, daß sich Interessenten für privaten Hörfunk mit Ausnahme der jetzt schon zur Verfügung stehenden drei Vorabfrequenzen in München noch länger gedulden müssen, als allgemein bisher angenommen wurde.

Karl-Otto Saur